

Die Türkei als regionale Wirtschaftsmacht

Von Bahri Yilmaz

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts befürchtete man in Ankara, daß das Land seine bisherige „klassische Rolle“ als Verteidiger der Südflanke der NATO verlieren, am Rande eines „vereinten Europa“ stehen und die seit dem Zweiten Weltkrieg mühsam geknüpften Beziehungen mit dem Westen nicht mehr aufrechterhalten können würde. Aber die Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan sowie im Nahen Osten haben die Bedeutung der Türkei in der neuen Weltordnung eher verstärkt als geschwächt.¹ Sie wurde als eine mögliche Regionalmacht aufgewertet und dadurch erneut in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt und muß – unerwartet und unvorbereitet – in kürzester Zeit wieder in eine Rolle hineinwachsen, die ihr schon beim Niedergang des Osmanischen Reiches im Jahre 1918 zufiel: als Regionalmacht die auf einem Pulverfaß sitzenden Regionen mitzugestalten.

Um aber in diese Rolle hineinzuwachsen und dieser gerecht zu werden, dürfen nicht nur politische Überlegungen im Vordergrund stehen. Wesentlich ist eine solide und gut organisierte wirtschaftliche Basis. Bekanntlich sind heutzutage in den internationalen Beziehungen die wirtschaftlichen und außen- bzw. sicherheitspolitischen Interessen eng miteinander verbunden und können nicht getrennt voneinander gesehen werden. Dies bedeutet, daß die Türkei eventuell dann die Führungsrolle in der Region beanspruchen kann, wenn sie wirtschaftlich gestärkt ist und wenn die Grundvoraussetzungen für eine effizientere Marktwirtschaft und wirkliche Integration in die europäische bzw. die Weltwirtschaft erreicht sind.

SCHWERPUNKTE TÜRKISCHER AUSSENWIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Mit dem Niedergang des Ostblocks erhöhten sich für die Türkei die Schwerpunkte der Außenwirtschaftsbeziehungen auf insgesamt fünf Wirtschaftszonen: 1. die Beziehungen zu den OECD-Ländern und der Europäischen Union; 2. der Schwarzmeer-Kooperationsrat; 3. die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO); 4. die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit nah- und mittelöstlichen islamischen Ländern sowie 5. die Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten.

Die Beziehungen zu den OECD-Ländern und zur Europäischen Union

Seit 1950 spielten die OECD-Länder und später auch die EG-Staaten für die türkische Wirtschaft eine dominante Rolle und gehören nach wie vor zu ihren traditionellen Märkten. Seit Jahren sind diese Industrieländer die wichtigsten Handelspartner der Türkei. Im Jahr 1992 waren die OECD-Staaten die wichtigsten Abnehmer türkischer Waren: 63,5 Prozent der türkischen Exporte gingen in diese Länder (zum Vergleich: die EG-Staaten nahmen 51,7 Prozent des türkischen Exports auf).² Eine genauere Betrachtung der Abnehmerländer türkischer Waren ergibt eine große Abhängigkeit von der Europäischen Union, die aufgrund des Assoziierungsabkommens von 1963 zwischen der EG und der Türkei seit langem den bedeutendsten

Dr. Bahri Yilmaz, Associate Professor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Bilkent Universität, Ankara.

Absatzmarkt darstellt. Mit der Einführung der weltmarktorientierten Wirtschaftspolitik im Jahr 1980 nahmen die Exporteinnahmen stark zu. Gleichzeitig war diese positive Entwicklung im Verlauf der achtziger Jahre mit einer tiefgreifenden Strukturveränderung im Exportsektor verbunden. Während Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte früher den Schwerpunkt bildeten, liegen heute verarbeitete Waren (Bekleidung gefolgt von Textilien allgemein) an der Spitze der Exporte.³ Auch bei den Importen wird der größte Teil mit den OECD- und EG-Staaten mit 67,5 Prozent bzw. 44 Prozent (1992) abgewickelt.

Die Beziehungen der Türkei zu den OECD-Ländern beziehungsweise zur EU bleiben aber nicht nur auf den Außenhandel begrenzt. Die EG-Staaten leisteten durch ihre Direktinvestitionen einen wesentlichen Beitrag zum Industrialisierungsprozeß in der Türkei. Bis Ende 1992 wurden fast zwei Drittel der Direktinvestitionen in der Türkei von Investoren aus den EG-Staaten getätigt. Bevorzugt sind die verarbeitende Industrie mit 53,7 Prozent und der Dienstleistungssektor mit 41,8 Prozent der gesamten Direktinvestitionen.⁴ Wichtige Investitionsländer waren Frankreich (14,7%), Großbritannien (12,8 %), die Niederlande (10,2%), die Schweiz (10,1%), die USA (10%), Deutschland (9,9%) und Italien (7,7%). Darüber hinaus leben und arbeiten mehr als zwei Millionen türkische Arbeitnehmer in den EU-Ländern. Die Geldüberweisungen und Investitionen der im Ausland beschäftigten türkischen Arbeitnehmer sind seit 1965 ein unverzichtbarer Bestandteil der türkischen Wirtschaft: Sie beliefen sich 1992 auf fast drei Milliarden Dollar.

Auch darf nicht übersehen werden, daß sich der Tourismussektor im Laufe der Zeit zu einer der wichtigsten Deviseneinnahmequellen des Landes entwickelt hat. Die Einnahmen in diesem Bereich, zu dem die Bürger aus den EU-Staaten erheblich beigetragen haben, beziffern sich für 1992 auf vier Milliarden Dollar. Angesichts dieser engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Türkei und der EU sind die in den EU-Ländern bereits etablierten Märkte für die Türkei von großer Bedeutung.

Der Schwarzmeer-Kooperationsrat

Am 25. Juni 1992 unterzeichneten elf Staats- und Regierungschefs das Gründungsdokument für eine Schwarzmeer-Wirtschaftszone.⁵ In der 18 Punkte umfassenden „Bosporus-Erklärung“ vereinbarten die Unterzeichnerstaaten (Türkei, Rußland, die Ukraine, Bulgarien, Rumänien, Moldau, Albanien, Griechenland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan) die Schaffung eines Wirtschaftsraums am Schwarzen Meer, der der Region „Frieden, Stabilität und vor allem Wohlstand bringen solle“. Sie beschlossen unter anderem die Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie die Freizügigkeit von Kapital und Arbeit, die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine enge Zusammenarbeit privater Unternehmer, die Gründung einer Schwarzmeer-Außenhandelsinvestitionsbank sowie die Erleichterung des privaten Reiseverkehrs und die Abschaffung von Visabeschränkungen, Zollhemmnissen und Arbeitsgenehmigungen.

Oberstes Gremium der Kooperation ist die Konferenz der Außenminister, die einmal im Jahr tagen soll. Regelmäßig treffen sich Expertenkommissionen, um die mit der Kooperation zusammenhängenden Probleme zu diskutieren. Im Aufbau orientiert sich die neue Organisation weitgehend an den Strukturen der Europäischen

Union. Durch den Schwarzmeer-Kooperationsrat wird ein Markt von etwa 400 Millionen Menschen geschaffen. Seitens der türkischen Regierung wurde ausdrücklich betont, daß der Kooperationsrat keine Alternative zur EU darstelle, vielmehr sei er als Ergänzung anzusehen.

Es ist noch verfrüht, eine klare Analyse und endgültige Aussage über die Erfolgchancen des Schwarzmeer-Kooperationsrats abzugeben. Die Türkei erhofft sich die Erschließung neuer Märkte im Bereich der Konsumgüter- und Bauindustrie. Der bisherige Anteil der Staaten dieser Region am türkischen Außenhandel lag unter zehn Prozent. Der Erfolg der neuen Kooperation dürfte wesentlich von drei Faktoren abhängig sein: Der Präsident Georgiens und ehemalige sowjetische Außenminister, Eduard *Schewardnadse*, brachte den ersten Faktor treffend zum Ausdruck, indem er formulierte, „daß der Erfolg der ökonomischen Zusammenarbeit so lange ein Traum bleiben wird, wie die politische Stabilität in dieser Region nicht hergestellt und ethnische Konflikte nicht friedlich gelöst werden können“.⁶ Zweitens kann die für alle Beteiligten nutzbringende wirtschaftliche Kooperation nur dann Erfolg haben, wenn die von den ehemals sozialistischen Ländern beabsichtigte wirtschaftliche und politische Transformation von einer zentralistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft so schnell wie möglich realisiert wird. Damit kann eine wettbewerbsfähige und weltmarktorientierte Exportwirtschaft in dieser Region geschaffen werden. Schließlich werden die Integrationsbemühungen und Erweiterungsabsichten der EU in Richtung Mittelost- und Südosteuropa den Zusammenhalt und die Geschlossenheit des Schwarzmeer-Kooperationsrats bestimmen. Seine Erfolgchancen hängen in allererster Linie von der künftigen Entwicklung der Europäischen Union ab.

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO)

Schon im Jahr 1964 wurde ein Regionaler Kooperationsrat (RCC) mit der Absicht ins Leben gerufen, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Gründungsländern Iran, Türkei und Pakistan zu erweitern. Die Nachfolgeinstitution Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO), die 1985 von den drei Ländern gegründet wurde, basiert überwiegend auf wirtschaftlicher Kooperation. Auf dem ersten ECO-Gipfeltreffen am 16. und 17. Februar 1992 in Teheran wurde die Organisation um Aserbaidschan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Tadschikistan erweitert. Kasachstan hat einen Beobachterstatus. Weder der vorangegangene noch der jetzige Kooperationsrat hat sich bis heute als eine funktionsfähige und erfolgversprechende Organisation profilieren können. Die in Aussicht gestellte Kooperation steht bislang nur im Kooperationsvertrag und muß daher noch als Wunschdenken angesehen werden, wobei die Tür zur Kooperationsbereitschaft offenbleibt. Gemessen am gesamten türkischen Außenhandel von 1992 ist der Anteil Irans mit 3,1 Prozent sehr niedrig; Pakistans Anteil taucht sogar überhaupt nicht in den Statistiken auf.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den nah- und mittelöstlichen Ländern

Seit Jahrzehnten steht der Aufruf zur Gründung eines gemeinsamen islamischen Marktes analog zum Gemeinsamen Markt der EU auf allen Tagesordnungen islamischer Gipfeltreffen. In den Abschlußkommuniqués werden die Vorteile einer

engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der islamischen Länder hervorgehoben; dennoch ist und bleibt der islamische gemeinsame Markt aber nichts anderes als eine reine Absichtserklärung. Die Türkei hat ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten dieser Region auf bilateraler Basis entwickelt. Nach dem ersten Ölchock 1973/74 stiegen die Exporteinnahmen der Türkei aus dieser Region beziehungsweise aus den OPEC-Ländern. Irak und Saudi-Arabien wurden die wichtigsten Handelspartner der Türkei unter den islamischen Ländern.

Aufgrund der rückläufigen Preisentwicklung auf den internationalen Ölmärkten, durch den Golf-Krieg von 1991 und das anschließend gegen Irak verhängte Wirtschaftsembargo wurde der Außenhandel der Türkei mit diesem Land erheblich belastet. Die ökonomischen Verluste wurden von Kuwait und Saudi-Arabien nur teilweise kompensiert. Der Anteil der islamischen Länder am türkischen Gesamtexport stieg von sieben Prozent 1973 auf 20 Prozent 1992. Wegen der politischen Instabilität und der andauernden militärischen Konflikte in dieser Region konnte bis heute keine zukunftsorientierte Zusammenarbeit erreicht werden.

Die Beziehungen zu den neuen zentralasiatischen Staaten⁷

Etwa 60 Millionen Menschen in den neuen Turkstaaten Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan sind der Türkei durch eine gemeinsame Vergangenheit und Sprache sowie Religion und Kulturgeschichte stark verbunden. „Die Türken, deren politische und intellektuelle Elite seit Generationen nach Westen schaute, entdecken nun arme alte Verwandte wieder.“⁸ Obwohl die Türkei der Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches ist, hat sie über einen Zeitraum von 70 Jahren kaum wirtschaftliche und politische Kontakte mit den zentralasiatischen Ländern gehabt, weil mit den Turkvölkern während der Jahrzehnte der kommunistischen Herrschaft keine offiziellen Beziehungen möglich waren.

Drei Gründe sprechen aus türkischer Sicht für eine enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit den Turkvölkern Mittelasiens und Aserbaidschan: 1. Die Vorfahren der heutigen Bewohner der Türkei sind im 9. Jahrhundert aus Zentralasien abgewandert. Die Türkei fühlt sich deshalb ethnisch, sprachlich und religiös mit den Turkvölkern Mittelasiens eng verbunden. 2. Als erstes Land erkannte die Türkei die neuen Staaten in Mittelasien diplomatisch an. Ankara versucht, die mit dem Niedergang der Sowjetunion verlorengegangene strategische Bedeutung an der NATO-Südflanke auszugleichen und eine neue strategisch-politische Bedeutung von der Adria bis zu den Grenzen Chinas zu gewinnen. 3. Nicht nur die mittelasiatischen Länder, sondern auch die des Schwarzmeer-Raumes und des Balkan bieten für die weltmarktorientierte türkische Wirtschaft künftig neue Dimensionen und wirtschaftliche Vorteile durch die Erschließung der neuen Märkte. Vor allem das in Aserbaidschan und demnächst in Kasachstan produzierte Erdöl soll gemäß der abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen zwischen Ankara und den jeweiligen Ländern durch Rohrleitungen über die Türkei vermarktet werden. Das in Turkmenistan geförderte Erdgas soll durch die Türkei nach Europa exportiert werden.

Die neuesten Daten bestätigen, daß die mittelasiatischen Märkte zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine besondere Bedeutung für die türkische Wirtschaft haben. Die Türkei bezog 1992 knapp 5,4% ihrer Importe aus den GUS-Ländern; der Löwenanteil der Wirtschaftsbeziehungen mit den GUS-Staaten entfällt, wie schon in der

Vergangenheit, auf Rußland. Der Anteil der zentralasiatischen Länder betrug nur 0,4%. Die Region ist für türkische Exporteure bis heute ein vergleichsweise unbedeutender Markt: Ihr Anteil an der gesamten Ausfuhr bezifferte sich 1992 auf 4,7%. Hierfür sind zwei wichtige Gründe maßgebend: Zum einen hat der Transformationsprozeß dort gerade erst begonnen. Die einfachsten Grundelemente der Marktwirtschaft sind noch nicht vorhanden. In den meisten Ländern ist die „alte Garde“ mit einer „neuen Garderobe“ noch immer an der Macht, und sie bestimmt das politische und wirtschaftliche Geschehen. Die Grundvoraussetzungen für die Integration dieser Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft sind noch lange nicht erfüllt. Erst nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effiziente Marktwirtschaft kann mit der Umstrukturierung und Modernisierung des Produktionsapparats begonnen werden.

Zum ändern hängt die Entwicklung des türkischen Außenhandels mit den zentralasiatischen Ländern nicht nur vom Fortgang des Reformprozesses ab, sondern auch von der Bereitschaft der türkischen und vor allem der internationalen Finanzinstitute, den Handel und die Investitionen in den Aufbau einer Infrastruktur sowie ein leistungsfähiges Verkehrs- und Kommunikationssystem durch günstige Kredite und/oder Finanzhilfen zu unterstützen. Den mittelasiatischen Ländern fehlen Devisen, um ihren Transformationsprozeß eigenständig durchzuführen. Ihre Volkswirtschaften sehen im Augenblick wie ein Faß ohne Boden aus. Die Türkei mit ihren bescheidenen Devisenreserven und -einnahmen wäre allein einfach überfordert. Der Außenhandel dürfte aber so lange über von der Türkei finanzierte Kredite und Bartergeschäfte laufen, bis die Devisenlage dieser Länder sich verbessert hat.

REGIONALE FÜHRUNGSMACHT IM WIRTSCHAFTSBEREICH?

Wenn man die mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Interessen der Türkei berücksichtigt, sollte die türkische Wirtschaft die seit Jahren existierenden Absatzmärkte vor allem in den EU-Ländern weiter ausbauen und eine Verflechtung anstreben. Dann könnte die seit 1980 verfolgte weltmarktorientierte Wirtschaftspolitik der Türkei von einem wirtschaftlichen Anschluß an die EU gekrönt werden. Eine in die EU integrierte Türkei dürfte in der Lage sein, sowohl eigene als auch westliche Wirtschaftsinteressen in den oben genannten Wirtschaftszonen zur Geltung zu bringen.

Dieser Weg ist allerdings lang und sehr mühsam und hängt vor allem von drei wesentlichen Faktoren ab. Zum einen stellt sich die Frage, ob die Türkei der ihr zgedachten Rolle als regionale Führungsmacht gerecht werden kann – vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Dies hängt in erster Linie von der Fortsetzung des 1980 in Gang gesetzten und ab 1986 nicht mehr konsequent verfolgten wirtschaftlichen Liberalisierungs- und Sanierungskurses ab. Zum ändern stellen die gegenwärtigen Probleme der türkischen Wirtschaft – hohe Inflationsraten (70 Prozent), steigende Haushaltsdefizite sowie Inlands- und Auslandsverschuldung, strukturelle und versteckte Arbeitslosigkeit, verzögerte Privatisierung der Staatsbetriebe und Verschlechterung der Einkommensverteilung zuungunsten der Arbeiter und Bauern – eine enorme Belastung für die angestrebte regionale Führungsrolle und für die Vollmitgliedschaft in der EU dar. Deshalb sollte die Türkei zunächst die Umstrukturierung und Effizienz ihrer eigenen Wirtschaft konsequent vorantreiben.

Solange dies nicht geschieht und die Türkei das eigene Haus nicht in Ordnung bringt, dürften die hochgesteckten politischen und wirtschaftlichen Ziele verfehlt werden.

Aber gleichzeitig muß Ankara seinen Außenhandel mit den Industrieländern wie schon im letzten Jahrzehnt weiter ausbauen und neue Märkte erschließen. Um auch von der Öffnung anderer Märkte außerhalb der EU zu profitieren, sollten die wirtschaftlich verantwortlichen Behörden in der Türkei die Exportdiversifizierung verstärkt vorantreiben. Eine erfolgreiche Exportsubstitutionspolitik auf langfristiger Basis und ein reibungsloser Übergang von einer überwiegend arbeitsintensiven Industriegüterproduktion zu einer technisch hochwertigen Konsum- und Investitionsgüterproduktion können erst realisiert werden, wenn der Verbesserung der produktions- und produkttechnischen Wettbewerbsfähigkeit Priorität eingeräumt wird. Dies erfordert nicht nur eine Verstärkung des Technologietransfers im Rahmen der Direktinvestitionen aus den Industriestaaten, sondern auch die Modernisierung des Bildungswesens und der Infrastruktur in der Türkei.

Des weiteren sollte die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU nicht nur als vollendeter Anschluß an den einflußreichsten Wirtschaftsclub der Erde angesehen, sondern auch als historischer Abschluß des über 150 Jahre andauernden und mit der Gründung der Republik forcierten „Prozesses der Annäherung an den Westen“ betrachtet werden. Trotz des vor allem wegen wirtschaftlicher Bedenken negativen Bescheids der Europäischen Kommission über den von der Türkei am 14. April 1987 in Brüssel gestellten Antrag auf EG-Mitgliedschaft genießen die Beziehungen zur EU in Ankara nach wie vor erste Priorität.⁹ Die Türkei nutzt gegenwärtig vor allem die Möglichkeit, zuerst ihre wirtschaftliche Integration in die EU durch die vertraglich bereits vorgesehene Zollunion zu realisieren. Nach dem „Ankara-Abkommen“ von 1963 und gemäß dem „Zusatzprotokoll“ von 1973 wird die Türkei ab 1. Januar 1996 in die europäische Zollunion eintreten.

Dies bedeutet, daß die Türkei ihre tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse abschaffen, ihre Märkte gegenüber Drittländern weitgehend öffnen und dabei die gemeinsamen Außenzölle übernehmen wird, mit der Folge, daß die türkische Wirtschaft enormem Wettbewerbsdruck ausgesetzt werden wird. Die seit Jahrzehnten aufgrund der fortgesetzten Importsubstitutionspolitik geschützten inländischen Firmen werden in Zukunft mit ausländischen Unternehmen konkurrieren müssen. Eine partielle Eingliederung der türkischen Wirtschaft in die EU durch die Zollunion dürfte naturgemäß im Innern radikale Strukturveränderungen und Anpassungsschwierigkeiten verursachen. Viele der vom Weltmarkt abgeschotteten und überwiegend binnenmarktorientierten Industriezweige sind weitgehend vor dem internationalen Wettbewerb geschützt. Demnach wird die neue wirtschaftspolitische Orientierung sicherlich auf heftigen Widerstand der Industrie sowie der in erster Linie durch staatliche Aufträge begünstigten Unternehmen und Gewerkschaften stoßen. Somit dürfte auch der Ruf nach Protektionismus und der Vorwurf des Verrats der nationalen wirtschaftlichen Interessen immer lauter werden.

Die mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft entstandenen Märkte in den Balkan-Ländern sowie in Mittelasien und im Transkaukasus können die schon erschlossenen und etablierten Absatzmärkte in den EU-Ländern und in den restlichen Industriestaaten auf absehbare Zeit nicht ersetzen, sie ergänzen sie

vielmehr. Vielleicht kann sich in Zukunft eine duale Produktionspalette entwickeln: Bei einer Arbeitsteilung würde sich ein Teil der türkischen Wirtschaft auf die Bedürfnisse der außerhalb der EU und der OECD gelegenen Volkswirtschaften konzentrieren, in Bereichen wie z. B. Nahrungsmittel, Textilien und Bekleidung; der andere Teil der Produktion wäre mehr auf die Nachfrage der Industrieländer nach kapital- und forschungsintensiveren Erzeugnissen ausgerichtet. Der Schwarzmeer-Kooperationsrat und die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedenfalls keine ernsthafte Alternative zu den bestehenden Märkten der hochentwickelten Industriestaaten.

Der Türkei stehen eine harte Bewährungsprobe und schwierige Zeiten bevor. Wenn die türkische Regierung den Widerständen in Industrie und Gewerkschaften nicht nachgibt und bereit ist, die mit der europäischen Zollunion entstehenden wirtschaftlichen und sozialen Kosten in Kauf zu nehmen, und es ihr gelingt, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die außenwirtschaftliche Öffnung der einzige Weg ist, eine stabile Wirtschaft aufzubauen, dann steht der künftigen Übernahme einer wirtschaftlichen Führungsrolle in der Region durch die Türkei nichts mehr im Wege.

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. hierzu auch Ali L. *Karaosmanoğlu*, Die neue regionale Rolle der Türkei, in: *EA*, 15/1993, S. 425–434.
- ² Vgl. Undersecretariat of Treasury and Foreign Trade – HDTM (Hrsg.), *Main Economic Indicators*, Mai 1993, S. 58–62.
- ³ Vgl. Bahri *Yilmaz*, *Structure of Specialization and International Competitiveness of Turkey and in Comparison with New Entrants, Greece, Spain and the EC*. Ankara (Bilkent Universität, Discussion Paper Nr. 92/3), März 1992.
- ⁴ Vgl. *The Turkish Economy (TUSIAD)*, Istanbul, Juli 1992, S. 181–186.
- ⁵ Vgl. *EA*, 21/1992, S. D 616–618.
- ⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 26. 6. 1992.
- ⁷ Ausführlicher vgl. *Yilmaz*, Die Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion: Stand und Perspektiven, *Ebenhausen (SWP-AP 2785)*, März 1993.
- ⁸ Vgl. *Der Spiegel*, 12. 2. 1992, S. 137.
- ⁹ Commission of the European Communities, *The Turkish Economy: Structure and Developments*. Commission Opinion, Point 7 and 8.1., Brüssel, 18. 12. 1989, und *FAZ*, 20. 12. 1989.